

Kommentar

Warum die Grünen die Ampel ausknipsen müssen

Mit ihrem Werben um eine Koalition mit der FDP tappt die Parteispitze in eine Falle. Aus Machtstreben verspielt sie ihre Eigenständigkeit.

von Robert Zion

Um wenigstens noch den Anschein einer möglichen Kanzlerschaft Frank-Walter Steinmeiers nach der Bundestagswahl aufrecht zu erhalten, wirbt die SPD lautstark für eine Ampelkoalition mit Grünen und Liberalen. Teile der Grünen-Spitze machen mit – und geben der FDP damit auf eigene Kosten eine Regierungsgarantie.

Ob die SPD mit dem Motto „Brüderle, zur Sonne, zur Freiheit“ ihrer Krise entkommen wird, ist allerdings ebenso fraglich wie die Auflösung des strategischen Dilemmas der Grünen durch die freie Fahrt für Westerwelle. Nach Umfragen wollen 80 Prozent der Grünen-Wähler, dass ihre Partei regiert. Zwar gewinnen die Grünen im Fünfparteiensystem neue Machtoptionen – denkbar sind schwarz-grüne wie auch rot-rot-grüne Bündnisse. Sobald es aber zur Gretchenfrage kommt, wie sich die Partei im Wahlkampf aufstellt und welche Koalitionsaussage im Sinne ihrer Wählerschaft ist, schmilzt die vermeintliche neue grüne Freiheit wie Butter in der Sonne.

Das Spitzenteam aus Renate Künast und Jürgen Trittin hat daher die Flucht nach vorne angetreten und einen Ampelwahlkampf verkündet. Trittin fügte gleich einen ungelenten Trost für die Parteilinke hinzu: „Das begeistert keinen Grünen, aber es ist, wie es ist.“

Doch der parteiinterne Widerstand ließ nicht lange auf sich warten. An diesem Wochenende wollen die Grünen in Nordrhein-Westfalen, der größte Landesverband in der Partei, eine Resolution verabschieden, der sich gegen eine Festlegung auf eine Ampelkoalition wendet. Wer die Positionen der FDP bei der dringend erforderlichen Neuregulierung der Finanzmärkte und ihre Forderungen nach einer Privatisierung der Krankenversicherung und Steuersenkungen auf Pump betrachtet, kann diese Forderung nur ausdrücklich unterstützen.

Wahlboykott aus Protest

Derweil können sich die Wahlkampfstrategen der Liberalen gelassen zurücklehnen. Eine Koalitionsaussage zugunsten der Ampel wird es von FDP-Chef Guido Westerwelle nicht geben – das würde seine Partei ihre Wechselwähler von der Union kosten. Sie braucht nichts weiter tun, als eine Ampelkoalition nicht definitiv auszuschließen, um auf diese Weise die Chancen auf die erhoffte schwarz-gelbe Mehrheit deutlich zu verbessern.

Der Grund dafür ist einfach: Die Liberalen wissen, dass die Grünen als mitgliederschwächste Partei mit dem kleinsten Wahlkampfbudget auf die umfassende Mobilisierung ihrer Anhänger

angewiesen sind. Sie wissen auch, dass es zwischen Grünen und FDP die größten inhaltlichen Gegensätze und auch Abneigungen zwischen den politischen Milieus gibt. So kann die FDP darauf bauen, dass die entscheidenden Stimmen für Schwarz-Gelb bei den Grünen herausgebrochen werden, wenn deren Wähler aus Protest gegen eine mögliche Koalition mit der FDP zuhause bleiben. Wenn es trotzdem nicht für Schwarz-Gelb reichen sollte, dürfte sich Westerwelle eben auf das Außenministerium in einem Ampelbündnis freuen – falls es nicht zu einer Neuauflage der Großen Koalition kommt.

Rätselhaft ist vor allem, wie die Spitzengrünen den Hauptgegner FDP wirkungsvoll attackieren wollen, wenn sie ihm zugleich eine faktische Regierungsgarantie ausstellen. Auch mag sich an der Grünen-Parteibasis niemand so recht vorstellen, wie sich die Anhänger überhaupt für den Straßenwahlkampf mobilisieren lassen, wenn sogar Realo-Parteichef Fritz Kuhn bei ihnen eine „deutliche emotionale Abwehr gegen die FDP“ diagnostiziert. Damit wird das machtstrategische Dilemma der Grünen zu einer gefährlichen Wahlkampffalle.

Personen statt Positionen

Zwischen einer vermeintlichen Rolle als Scharnier im Parteiensystem und dem Anspruch der inhaltlichen Meinungsführerschaft im linken Lager bei der Lösung sozialer und ökologischer Grundfragen liegen Welten. Der Versuch, diese Kluft über Vorstöße des Spitzenpersonals und mögliche Machtperspektiven zu schließen, überzeugt nicht. Denn dann geht es nicht mehr nur um emotionale Abwehr und mangelnde Begeisterung wie Kuhn und Trittin meinen, sondern schlicht um Glaubwürdigkeit.

In der Tat stecken dahinter vor allem Ambitionen von Personen und Honoratiorenpolitik. Weder bei SPD noch bei FDP und Grünen hat es vor den Vorstößen der Parteispitzen eine Debatte über einen Ampelwahlkampf gegeben. Es sind Steinmeier, Künast und Trittin, die darauf dringen. Und es ist Westerwelle, dessen Geduld nach elf Jahren in der Opposition endgültig aufgebraucht ist.

Was bei alledem unter den Tisch fällt, ist, dass die in der Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise absehbaren schweren Verwerfungen im Haushalt, am Arbeitsmarkt und im Sozialen von SPD- und Grünen-Wählern als Ergebnis einer neoliberalen Ideologie gesehen werden. Für diese Denkschule steht die FDP wie keine andere Partei.

Die Mutlosigkeit bei den Spitzenkräften der Grünen, den Weg einer neuen Eigenständigkeit zu gehen, ist erschreckend. Sie zieht sich seit dem Afghanistan-Sonderparteitag von Göttingen im Jahr 2007 wie ein roter Faden durch die Partei, und zwar als geradezu panische Angst vor dem Verlust der Anschlussfähigkeit bei möglichen Koalitionspartnern. Und so ist es gerade die starre Fixierung der Führungsebene auf die Macht, mit der sie ihre Machtoptionen zu verspielen droht.

Diese Mutlosigkeit könnte im Bundestagswahlkampf genau als solche erscheinen: als Angst vor der eigenen Courage, die soziale und ökologische Alternative zum gescheiterten Neoliberalismus Punkt für Punkt zu definieren und im Wahlkampf genau dafür einzutreten. Damit würde auch Oskar Lafontaines Linke an ihrem wunden Punkt getroffen und endlich gestellt.

Robert Zion ist Publizist und Mitglied im nordrhein-westfälischen Landesverband der Grünen. Auf dem Göttinger Parteitag von 2007 setzte er gegen den Willen der Parteispitze einen Kurswechsel in der Afghanistanpolitik durch.